

Fragwürdiger Themenwechsel der «Arena»-Macher

Sollte Christoph Blocher durch die Teilnahme von AfD-Politiker Gauland in die braune Ecke gedrängt werden?



«Die «Arena» setzt auf Fairness.» Christoph Blocher, Tiana Angelina Moser, Moderator Jonas Projer, Eric Nussbaumer und AfD-Politiker Alexander Gauland (v.l.) in der «Arena» vom letzten Freitag. © SRF

Von Beni Gafner, Bern

Welchen Plan hat der «Arena»-Verantwortliche und -Moderator Jonas Projer letzte Woche verfolgt? Wollte er SVP-Strategie und alt Bundesrat Christoph Blocher in eine degoutante, lieber noch in eine braune Ecke stellen, indem man ihn neben Alexander Gauland ins Bild rückt, den Vizepräsidenten der Alternative für Deutschland (AfD)? Diese Vermutung drängt sich auf, fragt man bei den Beteiligten nach, wie sich die Dinge im Vorfeld der «Arena» vom letzten Freitag abgespielt haben.

Wir sprechen mit Christoph Blocher, dem Miteigentümer dieser Zeitung. Am Montag, 31. Oktober, standen Christoph Blocher und Jonas Projer gemäss Schilderung Blochers erstmals telefonisch im Kontakt. Projer erklärte Blocher, er würde gerne eine «Arena» durchführen zu den Themen «Nichtumsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative», «Rasa» und über die «Unabhängigkeit der Schweiz». Er, Blocher, sei der Wortführer bei diesen wichtigen Themen. Projer habe dabei klargemacht, er könne die Sendung nur dann machen, wenn Blocher teilnehme.

Er habe noch mit keinen anderen möglichen Teilnehmern gesprochen, er sei der Erste, mit dem er spreche,

erzählt er Blocher. Der alt Bundesrat sagte zu und bat Projer, ihm mehr Sendezeit einzuräumen, sollte er alleine zwei Gegnern gegenüberstehen. Man sei schliesslich so verblieben, dass Projer ihm das Sendekonzept demnächst mitteile und vorschläge, wer an seiner Seite auftreten solle. Was in der «Arena» diskutiert wird, teilte Projer Blocher am Montag auch schriftlich mit: Masseneinwanderung, Gegeninitiative Rasa, Unabhängigkeit der Schweiz.

Nie über die Absicht informiert

Am Dienstag dann liess Christoph Blocher bei Projer nachfragen, ob er so weit sei, ob er das Konzept habe. Nein, er sei noch nicht so weit, antwortete dieser. Am Mittwochmorgen erfuhr Blocher dann per E-Mail, dass der deutsche Politiker Alexander Gauland an seiner Seite auftreten soll. Themen lauteten nun plötzlich anders, unter anderem sollte es um die Frage gehen: «In Deutschland und der Schweiz kehrt die Stimmung zur Zuwanderung. Wieso? Was muss man dagegen tun?»

Das Thema «Nichtumsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative» blieb bestehen. Sogleich teilte Blocher Projer mit, er sei damit ganz und gar nicht einverstanden. Per E-Mail doppelte er nach: «Ich kann nicht akzeptieren, dass

ein ausländischer Gast, hier A. Gauland, stv. Parteichef AfD, aufgeführt ist als mein Mitkämpfer.» Er habe mit Herrn Gauland und dieser Partei nichts zu tun. «Ich bekämpfe sie nicht, aber ich solidarisiere mich auch nicht mit ihr.» Die AfD betreibe deutsche Politik, und er beschränke sich auf die schweizerische.

Christoph Blocher zeigte sich gestern im Gespräch noch immer sehr erstaunt darüber, dass Projer ihm zu Umsetzungsfragen über einen Schweizer Verfassungsartikel einen deutschen Politiker zur Seite stellen wollte. «Auf eine solche Idee wäre ich nie gekommen», sagt Blocher, auch habe ihn Projer nie über dessen Absicht informiert, Gauland einzuladen. Blocher machte Projer am Mittwochvormittag klar, dass er unter diesen Umständen seine Teilnahme absage. Projer habe ihm gesagt, dies könne er nicht tun, es sei schon weitherum bekannt, dass er in die «Arena» kommen solle; zudem habe er seine Teilnahme schriftlich zugesagt.

Blocher sagte gestern, er habe am Mittwoch «sofort gemerkt», dass da ein Spiel gegen die SVP geplant sei, indem man ihn und Gauland als gemeinsame Kämpfer darstellen wolle. Es folgten Telefone hin und her, auch weitere E-Mail-Wechsel. Resultat war schliesslich, dass Gauland neben Eric Nussbau-

mer stand, dem SP-Nationalrat aus dem Kanton Baselland, und Blocher neben der Zürcher Nationalrätin Tiana Angelina Moser (GLP).

Was stand hinter der Idee?

Wie sieht «Arena»-Redaktionsleiter Jonas Projer die Sache im Nachhinein? Am Dienstag habe man entschieden, Herrn Gauland einzuladen. Dieser habe noch am selben Tag zugesagt. Herr Blocher sei – wie alle anderen Gäste – am Mittwoch über die Runde informiert worden. Verfolgten die «Arena»-Macher die Absicht, die SVP in eine populistische, braune Ecke zu rücken, weshalb man Vergleiche mit neueren Rechtsparteien in Europa ziehen will, etwa mit der AfD in Deutschland? Welche Überlegung stand überhaupt hinter der Idee, Gauland an die Seite Blochers zu stellen?

Diese Fragen beantwortet Projer in einem: «Die «Arena» setzt auf Fairness. Ein zentrale Frage der Sendung war, ob das Volk heutzutage nichts mehr zu sagen habe – eine Frage, in der die SVP sehr engagiert ist. Zusätzlich wollten wir aber auch über die Schweiz hinaus schauen und diskutieren, wieso zurzeit sehr viele europäische Rechtsparteien ähnliche Fragen stellen.» Man habe Verständnis gehabt für das Anliegen von Herrn Blocher, dass er nicht neben

Herrn Gauland habe stehen wollen. Dann sagt Projer weiter, dem Vergleich zwischen AfD und SVP «erst Gewicht verliehen» habe der SVP-Generalsekretär, indem dieser die Einigung zwischen «Arena»-Verantwortlichen und Christoph Blocher öffentlich gemacht habe. Projer spricht dabei einen Artikel der *Aargauer Zeitung* an, die am Freitag unter dem Titel «Arena»-Auftritt von AfD-Vize macht SVP nervös» berichtete.

Nun: Wie viel die «Arena» schliesslich noch mit der ersten Themenankündigung Projers vom Montag gegenüber Blocher zu tun hatte, davon kann sich jeder nach wie vor ein Bild machen. Die Sendung ist auf der SRF-Homepage zu sehen.

Vorbereitete Einspielungen, etwa ein zweifelhaftes Zitat des umstrittenen deutschen AfD-Politikers Björn Höcke sowie zur Diskussion gestellte Parallelen zwischen SVP und AfD, nehmen breiten Raum in der Sendung ein. Zum Höcke-Zitat sagte Blocher in der Sendung: «Die sollen das in Deutschland diskutieren, dafür müssen sie nicht extra nach Zürich reisen.» Es entwickelte sich gar eine Parallelsendung: Gauland sprach mit Peter Schneider, einem Psychoanalytiker deutscher Herkunft, über Deutschland, die Schweizer Politiker über die Schweiz.

Landsgemeinde zu Burkaverbot

Glarus stimmt öffentlich ab

Glarus. Die Glarner stimmen an der nächsten Landsgemeinde im Mai kommenden Jahres über ein Burkaverbot auf Kantonsgebiet ab. Das Verbot initiiert hat ein Stimmbürger im September 2015 mit einem Memorialsantrag, wie die Glarner Regierung gestern mitteilte. Das Begehren, das in dieser Form in den Landsgemeindekantonen Appenzell Innerrhoden und Glarus in den politischen Prozess eingebracht werden kann, verlangt, dass niemand sein Gesicht im öffentlichen Raum und an Orten verhüllen darf, die allgemein zugänglich sind.

Bevor das Glarner Stimmvolk über das Burkaverbot entscheidet, ist das 60-köpfige Parlament, der Landrat, am Zug. Die Regierung beantragt dem Kantonsparlament, den Memorialsantrag der Landsgemeinde zur Ablehnung zu empfehlen. Sie begründet ihre Haltung im Wesentlichen damit, dass die Debatte über das Thema nicht abgeschlossen, sondern im vollen Gange sei.

Der Glarner Memorialsantrag orientiert sich am Text einer Volksinitiative, die vom Tessiner Stimmvolk im September 2013 mit einem Ja-Anteil von 65,5 Prozent angenommen wurde. In Kraft gesetzt wurde das Tessiner «Anti-Burka-Gesetz» per 1. Juli dieses Jahres. SDA

Bundesrat Ueli Maurer kritisiert den Ständerat

Umsetzungsvorschlag zur MEI sei ein «Papiertiger»

Bern. Finanzminister Ueli Maurer hat gestern zum verschärften «Inländervorrang light» Stellung genommen, mit dem die Masseneinwanderungs-Initiative (MEI) umgesetzt werden soll. «Was die ständerätliche Kommission vorschlägt, ist ein Papiertiger, den es noch zu bändigen gilt und zu bezahlen», sagte Maurer. «Ich glaube nicht, dass das schon die Lösung sein kann.» Es seien «unglaubliche Auflagen», welche die Kommission vorschläge, «die aber aus meiner Sicht keinen konkreten Nutzen haben».

Am Montag hatte die zuständige ständerätliche Kommission ihren verschärften Vorschlag zur MEI-Umsetzung präsentiert. Während der Nationalrat es bei einer Meldepflicht für offene Stellen bewenden liess, will die Staatspolitische Kommission des Ständerates Arbeitgeber verpflichten, inländische Stellenbewerber zu einem Gespräch einzuladen und dies bei einer allfälligen Ablehnung zu begründen.

Der Schweizerische Arbeitgeberverband kritisierte umgehend das ständerätliche Modell: «Es zieht einen nicht zu bewältigenden bürokratischen Aufwand nach sich.» Das Staatssekretariat für Wirtschaft geht davon aus, dass eine Verschärfung des Inländervorranges

über die Light-Variante hinaus, den Staat etwa 400 Millionen Franken kosten würde.

Maurer sagt, dass die Lösung, «die jetzt in unserem Parlament diskutiert wird, so ist, dass das Freizügigkeitsabkommen nicht angetastet wird.» Beim Ministertreffen selbst sei die Freizügigkeit nicht zur Sprache gekommen, sagte Maurer weiter. Einmal im Jahr treffen sich die Finanzminister der EU mit ihren Kollegen aus den Efta-Staaten. Zur Europäischen Freihandelsassoziation Efta gehören neben der Schweiz auch Norwegen, Island und Liechtenstein.

Staatssekretär ist optimistisch

Der Chefunterhändler der Schweiz mit der EU, Jacques de Watteville, bezeichnet den Vorschlag der Ständeratskommission hingegen als ermutigend. Er trat gestern an einer Veranstaltung der «Neuen europäischen Bewegung Schweiz» in Lausanne auf.

Auf die Frage, ob die Europäische Union angesichts des Brexit derzeit nicht geschwächt sei und deshalb die Verhandlungen nicht einfacher seien, entgegnete der Ende Juni 2017 abtretende Staatssekretär trocken: «Ein verwundeter Tiger ist gefährlicher als ein gesunder.» SDA

Charta für Sponsoring an Schulen

Lehrerverband sorgt sich um Ausgewogenheit der Bildung

Bern. Kostenlose Smartphones, Gratis-Pausenmilch und gesponserte Unterrichtsmaterialien: Immer mehr Verbände und Firmen drängen in die Schule. Dieses Sponsoring ruft nach Ansicht des Lehrerverbandes nach Regeln. Er hat gestern einen Leitfaden vorgestellt.

Die öffentlich finanzierte Bildung müsse inhaltlich ausgewogen sein und ohne Beeinflussung stattfinden, forderte der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) anlässlich der Eröffnung der Swiss Education Days in Bern. Eltern bräuchten die Gewissheit, dass ihre Kinder nicht einseitig beeinflusst oder mit Werbung eingedeckt würden. Als besonders heikel wertet der Verband das verdeckte «Bezahlen» von kostenlosen Angeboten, etwa durch die Nutzung persönlicher Daten, die Schülerinnen und Schüler preisgeben. Daher spiele der Datenschutz eine zentrale Rolle im Bildungssponsoring.

Spardruck macht anfällig

Nicht alle gesponserten Lernangebote seien problematisch. Es gebe viele gute und innovative Schulprojekte, welche die wichtigsten Verhaltensregeln an öffentlichen Schulen respektierten, schreibt der Lehrerverband in einer Mitteilung.

Grundsätzlich sieht der Verband aber die Gefahr, dass Organisationen auf den Unterricht inhaltlich Einfluss

nehmen. Die Abhängigkeiten würden durch Sparrunden noch verstärkt. Je mehr öffentliche Schulen finanziell unter Druck gerieten, desto eher seien sie bereit, kostenlose Angebote zu nutzen. Damit steige die Gefahr der verdeckten und offenen Werbung im Unterricht. Im Leitfaden zeigt der Lehrerverband anhand von Fallbeispielen den richtigen Umgang mit Sponsoring an Schulen auf.

Kantone in der Pflicht

Bereits tätig geworden sind 18 zivilgesellschaftliche Organisationen, Stiftungen und Unternehmen. Sie haben gestern eine entsprechende Charta unterzeichnet. Darunter befinden sich neben Post und Swisscom auch Samsung und Microsoft.

Mit der Charta verpflichten sie sich dazu, kantonale Datenschutzregelungen einzuhalten und auf Produktwerbung zu verzichten. Eltern müssen zudem vorgängig informiert werden, wenn ihrem Kind bestimmte kostenlose Nahrungsmittel in der Schule abgegeben werden. Damit könnten sie deren Abgabe verhindern. In der Pflicht sieht der Lehrerverband auch die Kantone. Sie müssten gemeinsame Vorstellungen entwickeln, wie Sponsoring an Schulen geregelt werden könnte. Keinen Handlungsbedarf sieht vorerst der Westschweizer Lehrerverband, der sich aus dem Projekt zurückgezogen hat. SDA

Schweiz

Bedürfnisse ignoriert. Junge Männer seien politisch zunehmend rechts, besagt eine Studie. Das ist keine Überraschung. **Seite 4**

Wirtschaft

Temporärarbeit. Adeccos Geschäfte liefern im dritten Quartal nicht so dynamisch, wie es sich die Aktionäre wünschen würden. **Seite 7**

Kultur

Strittiges Andenken. Freiburg will die Reste der alten Synagoge tilgen und durch ein Erinnerungsbecken voll Wasser ersetzen. **Seite 13**

Basel

Immer langsam. Das Appellationsgericht stützt den Entscheid der Stadt, wonach in der Sevogelstrasse neu Tempo 30 gelten soll. **Seite 18**

Immer komplizierter. Zweimal Nein, Ja zum Gegenvorschlag, oder doch die Ertüchtigung? Darum geht es bei der Initiative zur Rheinstrasse. **Seite 21**

Immer ungemütlicher. Sabine Pegoraro spürt mit ihrer Energiesteuer zunehmenden Gegenwind – auch aus den eigenen Reihen. **Seite 22**

Sport

Auslosung. An der EM-Endrunde 2017 in Holland treffen die Schweizer Fussballerinnen in der Gruppe C auf Island, Frankreich und Österreich. **Seite 31**

Albtraum. Box-Trainer Angelo Gallina spricht im Interview über die schmerzhafteste Niederlage von Arnold Gjergjaj und blickt in die Zukunft. **Seite 32**

Gesundheit



Ruhig geniessen. Der menschliche Körper braucht Zucker, den süssen Stoff zu verteufeln, bringt nichts. Den Genuss unter Kontrolle zu halten, ist allerdings ratsam. **Seite 26**

Wetter

Region. Erst ist es nass, dann nasser. Erst gibt es Schnee, dann Schneereggen und dann Regen. Das passiert halt, wenn man mittendrin steckt in einem riesigen Tiefdruckgebiet. **Seite 29**



Bomben-Lady freigesprochen

Deutsche Freundin wusste nichts von der Bombendrohung

Basel. Die deutsche Ex-Freundin des Jugendlichen, der am Freitag, 25. April 2015, beim Theaterplatz einen Koffer mit einer Bombenattrappe gelegt hat, ist von der Mitschuld freigesprochen worden. Das Gericht urteilte in dubio pro reo und befand, die damals knapp 18-Jährige habe nichts gewusst von der Tat ihres damaligen Freundes. Obwohl sie dabei gewesen sei, habe sie nicht mitbekommen, dass er den Koffer mit der Bombenattrappe gelegt habe. Als sie es schliesslich bemerkte, habe sie heftig interveniert.

Allerdings sprach das Gericht sie der Störung der Glaubens- und Kultusfreiheit schuldig und verurteilte sie zu einer Geldstrafe bedingt. Sie hatte ihren damaligen Freund beim Verbrennen eines Korans gefilmt, die Aufnahme stellte er ins Internet. **Seite 17**

Vorwürfe von IV-Bezüglern an Richter

Baselbieter SP-Richter soll IV-Zuschüsse bezogen und Versicherte mangelhaft betreut haben

Von Daniel Wahl

Basel/Binningen. Salman Fesli (SP), Richter am Zivilkreisgericht in Arlesheim, hat offenbar ein lukratives Geschäftsmodell entdeckt: Von der Invalidenversicherung in Binningen lässt er sich Personal vermitteln, das für ihn in seinem Start-up-Unternehmen Adesse Immobilien AG in Basel gratis arbeitet. Der Richter erhält pro zugewiesenem Versicherten und Arbeitstag von der IV Zuschüsse von bis zu 100 Franken pro Tag – für Arbeitsstraining, Betreuung und dergleichen. Bei gleichzeitig einem guten Dutzend zugewiesener IV-Versicherter, wie ehemalige Mitarbeiter bei

Adesse übereinstimmend sagen, kommt so eine erkleckliche Summe von gegen 30000 Franken pro Monat zusammen, die Salman Fesli einstreichen kann.

Nun erheben die IV-Versicherten schwere Vorwürfe an die Adresse Salman Fesli: An die Zielvereinbarungen mit der IV würde sich der Richter keineswegs halten, wie die Zeugen übereinstimmend der BaZ erzählen. Arbeit habe es kaum gegeben. Von Januar bis April hatten zwölf zugewiesene IV-Vermittelte keine Liegenschaften zu verwalten und seien mit «Scheinarbeiten pseudobeschäftigt» worden. «Wir sassen am PC herum und schrieben unsere Bewerbungen, was wir auch zu Hause

hätten machen können», sagt ein Insider. Ab April gab es bloss drei Liegenschaften zu verwalten.

Umstrittene Immobilienfirma

Ein Blick ins Internet zeigt: Die zahlreichen IV-Mitarbeiter bei Adesse hatten bis letzte Woche bloss drei Studios im Angebot – 15-Quadratmeter-Zimmer, die für bis zu 900 Franken an Sozialhilfebezüglern in Dornach abgegeben werden. Es sind von der Adesse AG verwaltete Wohnungen, die im Besitz einer umstrittenen Immobilienfirma aus der Westschweiz sind. Diese Firma, mit welcher der SP-Richter offenbar zusammenarbeitet, geriet als Miethai in die

Schlagzeilen. Auch ihre zugesicherte Betreuung beklagen die IV-Versicherten als «mangelhaft bis unsichtbar». Salman Fesli und sein Kanzleikollege Denis Giovannelli, der an der Adesse Immobilien AG beteiligt ist, seien pro Woche höchstens einmal aufgetaucht und hätten sich kaum nach ihrem Wohlergehen erkundigt. Die vermeintliche Chefin in den Büros der Adesse in Basel, so stellte sich heraus, war selber IV-Bezüglern.

Salman Fesli hat keine Fragen der BaZ zu seinem Geschäftsverhalten beantwortet. Im Internet entwickelte die Firma aber ungewöhnliche Aktivitäten und erweiterte ihr Immobilien-Angebot auf acht Mietobjekte. **Seite 17**

Norah Jones an der Baloise Session



Betörende Stimme. In roten Schuhen und in einem dunklen Kleid, an der Gitarre und am Flügel, mit einer betörenden Stimme: Die amerikanische Sängerin Norah Jones begeisterte das Publikum an der Baloise Session. Im Interview mit der BaZ erzählt sie, warum sie auf der Bühne lieber Gitarre spielt als am Flügel sitzt, wie verwirrend sie die amerikanische Politik findet, dass sie mit den Social Media nicht wirklich viel anfangen kann und dass sich ihr Leben auf einer Tournee stark verändert hat, seit sie Kinder hat. **Seite 11**

Die US-Wahlen sind entschieden

Diese Baustellen warten auf Barack Obamas Nachfolger

Washington. Seit heute Morgen ist klar, wer Barack Obamas Amt als Präsident der Vereinigten Staaten übernehmen wird. Die endgültigen Resultate erreichten uns weit nach Redaktionsschluss. Unabhängig vom Votum, die Baustellen für die Nummer 45 im Weissen Haus bleiben dieselben. Wer ab dem 20. Januar 2017 im Oval Office regiert, muss ernsthaft auf die Ängste der Globalisierungsverlierer in Amerika eingehen. Aussenpolitisch stellt sich die Frage, wer die USA zuerst testen wird. Ist es Wladimir Putin? Oder die chinesische Regierung, die die Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer untermauert? Oder die Debatte um das militärische Engagement in Syrien?

Resultate und Zusammenfassungen zur US-Präsidentenwahl finden Sie unter www.baz.ch. **Seite 6**

Widerstand gegen Postschliessung wächst

Anita Fetz erwägt Vorstoss auf Bundesebene

Von Serkan Abrecht

Basel. Die Reaktion der Basler Regierung kam noch am selben Tag, als die Post ihre Pläne publik machte, die Hauptpostfiliale an der Rüdengasse zu schliessen. Der gesamte Regierungsrat zeigte sich in einer Medienmitteilung nicht einverstanden mit der Entscheidung der Post und wolle sich notfalls an die ausserparlamentarische Postkommission wenden, denn das Hauptpostgebäude sei ein Wahrzeichen, das es in seiner jetzigen Funktion zu erhalten gelte.

Die Postkommission (PostCom) erteilt der Basler Regierung jedoch eine Absage. «Wir verstehen den Unmut der Basler, können aber auf die historischen Hintergründe und deren Bedeutung für

Basel keine Rücksicht nehmen. So schreibt es die Postverordnung vor», sagt PostCom-Präsident Hans Hollenstein. Der Vorsteher des Wirtschaftsdepartements, Christoph Brutschin (SP), nimmt Hollensteins Aussagen zur Kenntnis, bemängelt aber, dass die PostCom ihren Kriterienkatalog anpassen soll.

Auch die Basler Ständerätin Anita Fetz (SP) spricht sich im Interview mit der BaZ gegen die Schliessung der Hauptpost aus. Besonders wenn die Post AG eine Gewinnmarge von zehn Prozent schreibe (BaZ von gestern), sei eine Schliessung der Hauptfiliale ein absolutes No-Go. Fetz erwägt zudem einen Vorstoss auf Bundesebene zur Rettung der Basler Hauptpost. Momentan liegt der Ball jedoch bei der Post und der Stadtregierung. **Seite 20**

«Spiel gegen die SVP war geplant»

Blocher wurde von Gaulands «Arena»-Teilnahme überrascht

Zürich. Sollte alt Bundesrat Christoph Blocher (SVP) in der Diskussionssendung «Arena» von SRF in die Falle gelockt werden? «Ich habe am Mittwoch sofort gemerkt, dass hier ein Spiel gegen die SVP geplant ist», erzählt Christoph Blocher auf Anfrage. Erst am Mittwoch vergangener Woche erfuhr dieser, dass er am Freitag an der Seite des deutschen AfD-Politikers Alexander Gauland die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative diskutieren sollte.

«Arena»-Moderator Jonas Projer erklärte Blocher zuvor aber mündlich und schriftlich, es gehe in der Sendung um die Masseneinwanderungs-Initiative, die Rasa-Initiative und um die Unabhängigkeit der Schweiz. «Als mir plötzlich ein deutscher Mitkämpfer zur Seite gestellt werden sollte, merkte ich sofort, dass hier ein Spiel gespielt wird», sagt Christoph Blocher.

Projer widerspricht nicht direkt

Die BaZ stellte Projer die Frage: «Blocher geht davon aus, dass ihm nicht von Beginn weg reiner Wein eingeschenkt wurde über Ihre Absicht, ihn als SVP-Mann neben die AfD zu stellen und ihn so in eine populistisch-bräunliche Ecke zu rücken. Verfolgten Sie diese Absicht?» Projer widerspricht nur indirekt: «Die «Arena» setzt auf Fairness. Eine zentrale Frage der Sendung war, ob das Volk heutzutage nichts mehr zu sagen habe – eine Frage, in der die SVP sehr engagiert ist. Zusätzlich wollten wir über die Schweiz hinausschauen und diskutieren, wieso zurzeit sehr viele europäische Rechtsparteien ähnliche Fragen stellen.» **Seite 5**

ANZEIGE

BKB-Ratgeberanlass

Umbauen & Sanieren

Tipps & Tricks für Ihr Projekt

- Architekten-Referate
- Austausch mit Fachexperten aus der Baubranche
- Finanzierungen mit der BKB

Do, 24.11.2016, 18–20 Uhr
Hotel Ramada Plaza, Basel

Anmeldeschluss:
17.11.2016
www.bkb.ch

Basler Kantonalbank